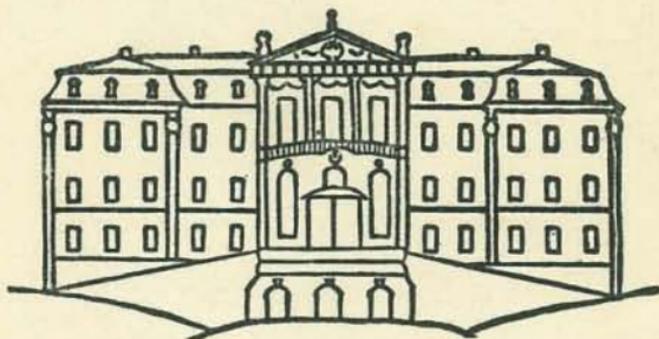


Gerald Götting

**Sozialistische Außenpolitik
entspricht den Lebensinteressen
der Völker**



193

Gerald Götting

**Sozialistische Außenpolitik
entspricht den Lebensinteressen
der Völker**

1973

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU

Rede des Vorsitzenden der CDU und Präsidenten der Volkskammer der DDR auf einem Forum mit Abgeordneten und Mitgliedern von Ausschüssen der Nationalen Front, das aus Anlaß der 16. Ostseewoche am 11. Juli 1973 in Greifswald stattfand

Zum 16. Male findet in diesem Jahr die Ostseewoche statt. Ihre Losung „Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein“ hat die breite Unterstützung der Völker rund um das Baltische Meer. Freundschaftliche Begegnungen und sachliche Gespräche der Teilnehmer aus der Sowjetunion, aus der Volksrepublik Polen und aus der DDR mit den Gästen aus den nordeuropäischen Staaten fördern die gemeinsamen Interessen und Auffassungen. Sie unterstützen den Kampf um die europäische Sicherheit, stärken das internationale Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik und helfen, der fruchtbaren Zusammenarbeit der Ostsee-Anliegerstaaten den Weg zu bereiten. Die Prinzipien der Verständigung auf gleichberechtigter Grundlage zum umfassenden gegenseitigen Nutzen sind seit jeher der Ausgangspunkt für alle Beratungen gewesen, die während der Ostseewoche von Vertretern der Öffentlichkeit und des gesellschaftlichen Lebens aus Staaten mit verschiedenartiger Gesellschaftsordnung geführt worden sind. Die gleichen Prinzipien sind es, die sich inzwischen weit über den Bereich der Ostseeländer hinaus als vorherrschende Normen des internationalen Lebens mehr und mehr durchgesetzt haben. So hat die Ostseewoche in den 15 Jahren ihrer Durchführung einen Beitrag dafür geleistet, daß sich in Europa und in der Welt eine neue Lage herausbilden konnte.

Veränderungen vor großer Tragweite sind in diesen eineinhalb Jahrzehnten auf unserem Kontinent und im Gesamtbereich der internationalen Beziehungen vor sich gegangen. Die Sowjetunion und die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft sind politisch, ökonomisch und militärisch erstarbt. Das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich fortschreitend und mit beschleunigtem Tempo zugunsten des Friedens verlagert. Das Gewicht sozialistischer Friedenspolitik hat entscheidend zugenommen. Die Friedensoffensive der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, unterstützt von allen anderen antiimperialistischen Kräften, hat zum Abbau der internationalen Spannungen geführt und in der gesamten weltpolitischen Entwicklung eine Wende zum Besseren bewirkt – eine Wende zur friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme. Besonders deutlich zeichnen sich diese Veränderungen auf unserem Kontinent ab; hier hat die wachsende Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft die nachhaltigsten Fortschritte zu Entspannung und Frie-

den herbeigeführt. Ihr Ausdruck ist die europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die in der vergangenen Woche in Helsinki ihre Arbeit aufgenommen hat.

Diese erste umfassende Staatenkonferenz unseres Erdteils in der Nachkriegsgeschichte ist ein hervorragendes, ja ein historisches Ereignis in der Entwicklung Europas. „Sie ist berufen“ – so sagte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko in seiner Rede in Helsinki –, „Orientierungspunkte der friedlichen Entwicklung in Europa auf lange Sicht zu setzen.“ Dem Zusammentritt der Konferenz ist ein langwieriger und beharrlicher Kampf um ihr Zustandekommen vorausgegangen. Dabei hat sich die Sowjetunion immer wieder als Zentrum und Rückhalt des Strebens der Völker nach Frieden und Sicherheit bewährt. Von ihr nahm der Gedanke der kollektiven Sicherheit Europas seinen Ausgang, und sie war der mutigste und standhafteste Vorkämpfer für seine Verwirklichung. Es sei daran erinnert, daß schon vor vierzig Jahren, im Dezember 1933, das Zentralkomitee der KPdSU angesichts der faschistischen Gefahr seinen ersten Beschluß gefaßt hat, der die demokratischen Staaten Europas zu einem kollektiven Sicherheitspakt gegen die von Hitler-Deutschland ausgehende Kriegsdrohung aufrief. Uns allen noch gut im Gedächtnis sind die Vorschläge zu einem umfassenden System der gesamteuropäischen Sicherheit, die von der Sowjetunion auf der Außenministerkonferenz der vier Mächte 1954 in Berlin unterbreitet wurden. In den dreißiger wie in den fünfziger Jahren scheiterten diese Friedensinitiativen am Widerstand der imperialistischen Staaten. Heute, in den siebziger Jahren, hat sich die internationale politische Konstellation von Grund auf gewandelt. Heute ist die Autorität der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Gemeinschaft – gestützt auf ihre reale Macht – in einem solchen Umfang gewachsen, daß ihr konsequenter Friedenskurs immer mehr die Haupttendenzen des weltpolitischen Geschehens bestimmt.

Als die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages 1966 auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Bukarest die anderen Länder Europas zur Bildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems aufriefen, reagierten die herrschenden Kreise der imperialistischen Länder noch ablehnend. Heute, sieben Jahre später, ist die Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit Wirklichkeit geworden. Immer wieder haben die sozialistischen Staaten inzwischen ihr Verhandlungsangebot präzisiert und entsprechend den jeweils neuen Bedingungen ihre Vorschläge schöpferisch weiterentwickelt. Der Kampf um die Einberufung der Konferenz mit allen seinen Sta-

tionen und Resultaten ist ein lebendiges Beispiel für koordinierte sozialistische Außenpolitik: für ihre Kontinuität und Prinzipienfestigkeit, für ihren beweglichen und elastischen Charakter, für ihr konstruktives und mobilisierendes Wesen, für ihre Übereinstimmung mit den Interessen der Völker.

Das Ziel sozialistischer Außenpolitik besteht darin, die günstigsten äußeren Bedingungen für den planmäßigen, ungestörten Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu schaffen. Das entspricht zugleich dem Bestreben, den Völkern die Schrecken eines neuen Krieges zu ersparen. Frieden zu schaffen und Frieden zu sichern ist der Hauptinhalt der Diplomatie der sozialistischen Länder. Deswegen geht es ihr im Grundanliegen darum, bestehende Konfliktherde einzudämmen und auszusräumen, dem Entstehen neuer Konfliktherde von vornherein vorzubeugen, das heißt die Gefahr militärischer Zusammenstöße auszuschalten und das internationale Klima grundlegend zu verbessern. Damit wird den Lebensinteressen nicht allein der Völker der sozialistischen Staaten, sondern aller Völker unseres Kontinents und der anderen Kontinente Rechnung getragen.

Diese Lebensinteressen der Völker sind im Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU zusammengefaßt. Es zeigt den Anhängern des Friedens in aller Welt die reale Perspektive des friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens aller Staaten, gleich welcher Gesellschaftsordnung. Es ist ein zeitgerechtes Programm im doppelten Sinne des Wortes: es entspricht den realen Möglichkeiten unserer Epoche, die durch die wachsende Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus gekennzeichnet wird – und es kam zur rechten Zeit, um die Kraft der gesamten sozialistischen Weltgemeinschaft und aller antiimperialistischen Kräfte auf die Lösung der Hauptprobleme zu richten, die gegenwärtig im Interesse der Friedenssicherung bewältigt werden müssen. So wurde das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Aktionsprogramm für die eng aufeinander abgestimmte außenpolitische Aktivität aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und zum Wegweiser für alle, die gewillt sind, realistisch an die Fragen heranzugehen, deren positive Klärung über die friedliche Zukunft der Menschheit entscheidet.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnew, der sich so hervorragende Verdienste um die Ausarbeitung und Durchsetzung der Friedenspolitik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten erworben hat, bezeichnete es in seiner großen Rede zum 50. Jahrestag der UdSSR als die wichtigste Aufgabe, „das Knäuel der internationalen Spannungen

zu entwirren". Das ist in der Tat die Hauptlinie der sowjetischen Außenpolitik in der jüngsten Zeit gewesen, und in diesem Bemühen hat sie seit dem XXIV. Parteitag der KPdSU geradezu bahnbrechende Erfolge erzielt. Aber im Grunde ist diese Linie der Politik der friedlichen Koexistenz bereits seit den ersten Tagen des Sowjetstaates die Grundlinie seiner Beziehungen zu den nichtsozialistischen Ländern. Sie entspringt nicht irgendwelchen konjunkturbedingten Erwägungen, sondern dem Wesen des Sozialismus überhaupt. Er will keinen Krieg, weil das Werk der arbeitenden Menschen nur im Frieden gedeihen kann. Er will zuverlässige Garantien für den Frieden, weil die neue Gesellschaft nur im Frieden errichtet und vollendet werden kann. Deswegen sind die Sowjetunion und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auch bereit, bei der Verwirklichung ihrer Friedenspolitik mit allen anderen interessierten Staaten konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Davon zeugt besonders eindrucksvoll die positive internationale Entwicklung der jüngsten Zeit. Dem zunehmenden Durchsetzungsvermögen sozialistischer Friedenspolitik vor allem ist es zu verdanken, daß bedeutsame zwischenstaatliche Vereinbarungen zustande kommen konnten, mit denen eine Reihe der Haupthindernisse auf dem Wege zu stabiler internationaler Sicherheit beseitigt wurden:

- Das tapfere vietnamesische Volk konnte mit Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer, getragen von umfassender internationaler Solidarität aller Fortschritts- und Friedenskräfte, die amerikanischen Aggressoren zum Abzug zwingen; damit sind neue, günstige Bedingungen für den Kampf um die Verwirklichung seiner nationalen Grundrechte geschaffen. Dem entschlossenen Vorgehen der Sowjetunion und der anderen Staaten des Weltsozialismus ist es gelungen, zu verhindern, daß der Krieg in Südostasien sich zu einem Weltbrand ausgeweitet hat.

- In Europa wurden die imperialistischen Staaten dazu veranlaßt, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung völkerrechtlich anzuerkennen, insbesondere die auf unserem Kontinent bestehenden Grenzen und die souveräne, gleichberechtigte Existenz der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der Hauptinhalt der Verträge der UdSSR, der VR Polen, der DDR und der ČSSR mit der BRD, des Vierseitigen Abkommens über Westberlin und der anderen völkerrechtlichen Vereinbarungen, die von den geschichtlich gewachsenen Realitäten in Europa ausgehen und ihnen das verbindliche Siegel der Unwiderruflichkeit verleihen.

- Im Verhältnis der Sowjetunion zu Frankreich, den USA, zur BRD, zu Italien und anderen bedeutenden kapitalistischen Staaten ist eine grundlegende Wende von der früheren Konfrontation zur friedlichen Koexistenz und zu beiderseitig vorteilhafter Zusammenarbeit eingetreten. Im Zusammenhang damit haben sich durch die Begegnungen und Gespräche zwischen den Staatsmännern auf höchster Ebene neue Formen der Diplomatie und des zwischenstaatlichen Verkehrs herausgebildet, die als neuer ständiger Faktor der internationalen Friedenssicherung wirken und bereits jetzt ihre Bewährungsprobe im Leben bestanden haben.

- Wichtige Maßnahmen zur Einschränkung des Wettrüstens konnten vereinbart und weitere Schritte zu diesem Ziel auf der Basis gleichwertiger Sicherheit für alle beteiligten Seiten vorbereitet werden. Das betrifft vor allem den sowjetisch-amerikanischen Vertrag zur Verhütung eines Kernwaffenkrieges mit seiner unschätzbaren Bedeutung für die Sicherheit der jetzigen und der kommenden Generationen, aber auch die Abmachungen über die Begrenzung der strategischen Waffensysteme der UdSSR und der USA, das Verbot der bakteriologischen und toxischen Kampfmittel sowie die Übereinkunft über den Beginn der Verhandlungen zur Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa.

Alle diese Ergebnisse der Friedenspolitik der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft führen dazu, daß die Periode des kalten Krieges zu Ende geht. Die Hauptrichtung, in der sich gegenwärtig die internationale Lage entwickelt, ist eindeutig das Bestreben, strittige Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen. In den zweiseitigen Verträgen und Vereinbarungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern aus jüngster Zeit sind wesentliche Elemente und Voraussetzungen gesicherten Friedens und friedlicher Koexistenz bereits vorgezeichnet und fest verankert. Das bezieht sich vor allem auf die Grundsätze der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen und der territorialen Integrität, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates, der souveränen Gleichheit und Unabhängigkeit der Staaten, des Verzichts auf Anwendung oder Androhung von Gewalt.

Damit sind günstige Möglichkeiten gegeben, jetzt im gesamteuropäischen und im internationalen Maßstab entscheidende Schritte zu unternehmen, damit die positiven Veränderungen unwiderruflich werden und weiteren Fortschritten der Weg bereitet werden kann. Eben darin besteht für den europäischen Bereich die Aufgabe der Staatenkonferenz für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Helsinki. Ihr Sinn und ihr Ziel ist es, die bisherigen Ergebnisse des Entspannungsprozesses zu festigen und den Weg zu umfassender multilateraler Zusammenarbeit auf der Basis souveräner Gleichheit aller beteiligten Staaten freizulegen. Die gegenwärtige Verteilung der Kräfte auf unserem Kontinent und in der Welt gibt alle Voraussetzungen ab, dieses Ziel zu erreichen. Das setzt natürlich die Bereitschaft aller Partner, ihren guten Willen und die Einsicht in die Realitäten auch bei jenen voraus, die dazu vorher – man muß das offen sagen – keineswegs immer bereit gewesen sind. Groß, ja einzigartig ist die geschichtliche Chance, die sich jetzt bietet, um unserem Kontinent zu einem dauerhaften Frieden zu verhelfen. Groß ist also die Verantwortung, die auf allen in Helsinki zusammengekommenen Staaten ruht.

Gerade in Europa ist die Aufgabe, ein stabiles System der Sicherheit und Zusammenarbeit zu schaffen, besonders vordringlich. Die Völker unseres Kontinents haben die Menschheit mit großen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und geistig-kulturellen Leistungen und Errungenschaften bereichert. Aber Europa ist auch der Erdteil, von dem durch die Schuld des Imperialismus zwei Weltkriege ihren Ausgang genommen haben – Kriege, die Not und Tod, Leid und Zerstörung über die Völker gebracht haben. Quer durch Europa zieht sich heute die Trennlinie zwischen den beiden einander gegenüberstehenden Gesellschaftssystemen und ihren militär-politischen Gruppierungen; hier sind die größten Bestände der gefährlichsten Vernichtungswaffen konzentriert. Gerade die Staaten unseres Erdteils aber sind auch unmittelbar darauf angewiesen, eng und fruchtbar zusammenzuwirken, um die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution und andere Fragen von gemeinsamem Interesse gleichberechtigt miteinander zu lösen. Nur in Frieden und Sicherheit kann Europa gedeihen und sich weiter entwickeln. Der Schlüssel dafür – diese Erkenntnis hat sich immer weiter durchgesetzt – ist ein zuverlässiges System kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit. Nicht in der Konfrontation politischer, militärischer und wirtschaftlicher Gruppierungen, sondern allein in einem gleichberechtigten Miteinander der Staaten unabhängig von ihrer sozialpolitischen Orientierung kann Europa – wie dies die Staaten des Warschauer Vertrages vor eineinhalb Jahren in ihrer Prager Deklaration gefordert haben – „zu einem Raum dauerhaften und festen Friedens“ werden, „zu einem Faktor der Stabilität und Verständigung in der ganzen Welt“.

„Nicht Allianzen und Bündnisse der einen oder anderen Art“, erklärte unser Außenminister Otto Winzer in seiner Rede auf der Konferenz in Helsinki, „nicht Mächtegruppierungen oder ihr

Einfluß in diesem oder jenem Teil Europas, sondern die gemeinsamen Interessen und das Recht aller Völker auf ein friedliches Leben und auf steigende Wohlfahrt werden die historische Mission unserer Konferenz bestimmen.“ Damit hat der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik in völliger Übereinstimmung mit den Außenministern der anderen sozialistischen Teilnehmerstaaten der Konferenz den geschichtlichen Auftrag umrissen, den die Völker unseres Kontinents den Beratungen über gesamteuropäische Sicherheit und Zusammenarbeit gestellt haben.

Dabei kommt ohne jeden Zweifel den Grundfragen der Sicherheit die Priorität zu. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat dazu den Entwurf einer allgemeinen Deklaration der Konferenz über die Grundlagen der europäischen Sicherheit und über die Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten in Europa eingebracht. Dieses Grundsatzdokument enthält als Zusammenfassung geschichtlicher Erfahrungen und aktueller politischer Erfordernisse von höchster Dringlichkeit den Katalog der Völkerrechtsnormen, auf die sich alle Bemühungen um die Festigung der Sicherheit und der Zusammenarbeit auf unserem Kontinent zu stützen haben. Deshalb hat der sowjetische Entwurf nicht allein in Konferenzkreisen, sondern in der gesamten europäischen und internationalen Öffentlichkeit stärkste Beachtung gefunden. Schon heute läßt sich absehen, daß er die weiteren Diskussionen in der ersten und zweiten Phase der Konferenz entscheidend bestimmen wird.

Mit vollem Recht nehmen die Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten einen hervorragenden Platz in diesem Entwurf ein. Alle Aggressionskriege in der Geschichte Europas nahmen ihren Anfang durch Streitigkeiten über den Grenzverlauf und durch Übergriffe auf das Territorium fremder Staaten. Die deutschen Imperialisten vor allem waren es, die immer wieder die Grenzen anderer Staaten in Frage gestellt und mit ihrem ungezügelten Expansionsdrang fremde Völker überfallen haben. Jeder weiß, daß noch vor gar nicht langer Zeit in der Bundesrepublik revanchistische Kreise tonangebend waren und daß diese Kräfte auch heute noch die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen früheren Grenzen verlangen. Um so größer ist demgegenüber die Pflicht aller realistisch denkenden Regierungen in Europa, solche Quellen der Kriegsdrohung zu verstopfen, die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen zu garantieren und gegenseitig die territoriale Integrität aller europäischen Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen zu respektieren.

Von gleich großer Bedeutung ist in dem sowjetischen Deklarationsentwurf das Prinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten. Nur wenn die Gleichheit aller Teilnehmerstaaten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems – ungeachtet ihrer Größe oder Bevölkerungszahl, ihres ökonomischen oder militärischen Potentials, ihrer politischen und sozialen Ordnung – uneingeschränkt anerkannt wird, können stabile Sicherheit und gleichberechtigte friedliche Zusammenarbeit gewährleistet werden. Verständlicherweise ist die Deutsche Demokratische Republik gemeinsam mit den sozialistischen Bruderländern besonders nachhaltig daran interessiert, daß dieses Prinzip in der Grundsatzdeklaration der europäischen Staatenkonferenz verankert und bekräftigt wird. Mehr als zwei Jahrzehnte hindurch haben die Bundesrepublik und andere imperialistische Staaten versucht, der Deutschen Demokratischen Republik die gleichberechtigte Teilnahme am internationalen Leben zu verwehren. Die Kraft der Realitäten hat diese Versuche scheitern lassen; aber über lange Jahre hinweg waren sie eine Quelle ständiger Spannungen in Europa und im gesamten System der internationalen Beziehungen. Heute sieht jeder, daß auf der Grundlage der Gleichheit, der Unabhängigkeit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen zwischenstaatliche Beziehungen von neuer Qualität und von großem Vorteil für alle beteiligten Staaten und Völker entwickelt und ausgebaut werden können; dazu leistet die Deutsche Demokratische Republik einen aktiven und konstruktiven Beitrag. Es entspricht unseren eigenen Erfahrungen, wenn Außenminister Gromyko in seiner Rede auf der Konferenz in Helsinki den Verzicht auf die frühere Politik des diplomatischen Boykotts der DDR als eine der wesentlichsten Wandlungen der jüngsten Zeit in Europa gekennzeichnet und erneut die Grundwahrheit betont hat, „daß es ohne Berücksichtigung der Interessen der DDR oder auf Kosten ihrer Interessen unmöglich ist, in Europa ernsthaft zu verhandeln“.

Auch zu den anderen Punkten der Tagesordnung haben die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft in Helsinki konkrete Diskussionsgrundlagen eingebracht. Wenn diese Vorschläge verwirklicht werden, sind alle Vorbedingungen gegeben, um Europa endlich zu einem Kontinent des Friedens und der fruchtbaren Zusammenarbeit werden zu lassen, zu einem Beispiel für die Wirksamkeit und für die Lebenskraft der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozial-ökonomischer Systeme. Das wird zugleich einen gewichtigen Beitrag zur weltweiten Entspannung bedeuten. Die europäische und die internationale Sicherheit hängen wechselseitig auf das engste

zusammen und bedingen einander. Die Normalisierung der Verhältnisse in Europa – dafür sprechen alle geschichtlichen und gegenwärtigen Erfahrungen – wirkt sich wohlthuend auf die Minderung der Spannungen auch in anderen Räumen der Erde aus. Umgekehrt gilt aber auch die Erkenntnis, daß Schritte zum Abbau internationaler Spannungen wesentlich dazu angetan sind, normale und friedliche zwischenstaatliche Beziehungen auf unserem Kontinent zu fördern.

Besonders bedeutsam sind dabei die jüngsten Abkommen und Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die bei dem Besuch L. I. Breshnews in den USA unterzeichnet worden sind. Sie sind in hervorragendem Maße geeignet, den Frieden zu sichern und auf Jahrzehnte hinaus zu erhalten. Ein gesicherter Friede aber ist nicht allein für die Völker der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, sondern für alle Völker der Erde und namentlich für die Völker unseres Kontinents von lebenswichtiger Bedeutung. Jeder kann sich zum Beispiel vorstellen, welche verheerenden Folgen auf unserem dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Erdteil ein Krieg mit Raketen und Kernwaffen nach sich ziehen würde. Deswegen sind alle, denen die Sicherheit Europas und die friedliche Zukunft seiner Völker am Herzen liegen, froh und glücklich darüber, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten übereingekommen sind, ihre Beziehungen zueinander auf die Grundlage der friedlichen Koexistenz zu stellen, die strategischen Waffensysteme zu begrenzen und gemeinsam abgestimmte Maßnahmen zur Verhinderung eines Nuklearkrieges zu treffen.

Unsinnig ist also das Argument, durch die Abmachungen der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten würden die Rechte und Interessen anderer Länder und Völker beeinträchtigt. Auf der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ruht eine besonders große Verantwortung dafür, daß der Weltfriede aufrechterhalten und die Sicherheit der Völker gewährleistet wird. Von dieser Verantwortung ist die Sowjetunion seit ihres Bestehens ausgegangen. Seit einiger Zeit legt unter dem Eindruck des neuen internationalen Kräfteverhältnisses auch die amerikanische Regierung mehr Einsicht in die Realitäten an den Tag. Auf dieser Grundlage ist es gelungen, Verträge und Abkommen zustande zu bringen, die friedenssichernden Charakter tragen. Sie finden die Zustimmung der verantwortungsbewußten politischen Kreise auf allen Kontinenten und die Unterstützung aller friedliebenden Völker.

In dem Kommuniqué über den Aufenthalt L. I. Breshnews in den Vereinigten Staaten haben beide Seiten sich verpflichtet, nach

Kräften zum Erfolg der europäischen Staatenkonferenz beizutragen. Das wird ohne Frage wesentlich helfen, in der dritten Phase der Konferenz – nach Möglichkeit auf höchster Ebene – zu Beschlüssen zu kommen, die auf lange Sicht den Frieden und die Zusammenarbeit in Europa garantieren. Auf solche Weise entsteht auf unserem Kontinent ein Modellbeispiel für das neue System zwischenstaatlicher Beziehungen, wie es dem Charakter unserer Epoche – der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus – entspricht. Der geschichtlich neue Inhalt dieser unserer Epoche, charakterisiert durch das Nebeneinanderbestehen von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen und durch die Klassenauseinandersetzung zwischen beiden Systemen, macht jeden Vergleich zwischen der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz und früheren europäischen Staatenkonferenzen von vornherein hinfällig. Heute bestehen gänzlich neue gesellschaftliche Voraussetzungen und Notwendigkeiten für die Regelung des Verhältnisses zwischen den beteiligten Staaten.

Wenn dieser Maßstab angelegt wird, dann wird auch offensichtlich, daß die Parallelen zwischen der Konferenz von Helsinki und dem Wiener Kongreß von 1814/15, die in der BRD jetzt häufig gezogen werden, historisch nicht gerechtfertigt sind. Gewiß: auch in Wien trafen sich Abgesandte aller damals in Europa bestehenden Staaten, 216 an der Zahl, mit Ausnahme der Türkei. Aber sie kamen nach Wien, um die territoriale Neuaufteilung unseres Kontinents nach den napoleonischen Kriegen miteinander auszuhandeln und um gemeinsam die Restauration der Feudalherrschaft in den europäischen Staaten zu beschließen. In Helsinki dagegen geht es darum, den Frieden und die Zukunft für Europa zu gewinnen, dabei von den bestehenden Realitäten auszugehen und den Wettstreit zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen in friedliche Bahnen zu lenken. In Wien saßen gekrönte Häupter oder ihre Bevollmächtigten am Verhandlungstisch. In Helsinki sitzen die Völker mit am Tisch, da die Sache der europäischen Sicherheit zur Sache der gesamten friedliebenden Öffentlichkeit unseres Kontinents geworden ist. Das ist das wichtigste Fundament für den Erfolg der Beratungen auf dieser gesamteuropäischen Staatenkonferenz.

Gerade bei den Völkern Nordeuropas ist in letzter Zeit die Erkenntnis gewachsen, daß die imperialistische Politik der Blockbildung weder die Sicherheit ihrer Länder garantieren noch dazu beitragen kann, ihre inneren Probleme zu lösen. Im Gegenteil: Diese Politik ist nur dazu angetan, die Spannungen zu verschärfen und die Unsicherheit zu erhöhen. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die nordeuropäischen Staaten – selbst die-

jenigen, die der NATO angehören – nicht mehr bereit sind, ihre eigenen Interessen widerspruchslos denen der imperialistischen Hauptmächte unterzuordnen. Dänemark hat sich geweigert, seinen Beitrag zu den Militärausgaben der NATO zu erhöhen und die Kürzung der Dienstzeit für die Wehrpflichtigen rückgängig zu machen. In Norwegen hat sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Beitritt des Landes zur EWG entschieden. Island leistet in den Auseinandersetzungen, die von Großbritannien und der BRD verächtlich als „Kabeljaukrieg“ bezeichnet werden, heftigen Widerstand gegen Beschränkungen seiner Hoheitsrechte. Die schwedische Regierung hat sich in ihrer Einstellung zum Vietnam-Problem auch durch diplomatische Erpressungsversuche der USA nicht beirren lassen. Finnland schließlich hat mit seinem allgemein anerkannten Kurs auf Frieden und Entspannung einen hervorragenden Beitrag zum Zustandekommen der europäischen Sicherheitskonferenz geleistet.

So treten die nordeuropäischen Staaten von ihren jeweiligen Voraussetzungen her immer entschiedener für die Festigung ihrer staatlichen Souveränität ein und beziehen Stellung gegen die imperialistische Gewaltpolitik. Die Öffentlichkeit dieser Länder vertritt immer nachhaltiger den Standpunkt, daß die einzige Alternative zu dem Risiko der NATO-Politik darin besteht, die Bestrebungen zur kollektiven Sicherheit Europas zu unterstützen und gutnachbarliche Beziehungen zu den anderen Staaten unseres Kontinents zu entwickeln. Eine solche unabhängige Politik entspricht den nationalen Interessen dieser Länder und zugleich den Erfordernissen der Friedenssicherung in Europa insgesamt. Dieser sachliche und vernünftige Standpunkt findet naturgemäß auch die verständnisvolle Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik ebenso wie der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.

Nachdem nun alle nordeuropäischen Staaten die Deutsche Demokratische Republik völkerrechtlich anerkannt und gleichberechtigte diplomatische Beziehungen zu ihr hergestellt haben, sind weitaus bessere Bedingungen gegeben, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit im Geiste guter Nachbarschaft zu vertiefen und sie entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten der beteiligten Seiten schrittweise auszuweiten. Das betrifft in erster Linie die Handelsverbindungen, die sich in letzter Zeit in erfreulichem Maße entwickelt haben. Das bezieht sich aber auch auf die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, in deren Bereich es noch beträchtliche Reserven zu erschließen gilt. Gemeinsam sind die Deutsche Demokratische Republik und die nordeuropäischen Staaten daran interessiert, die

Verkehrsbeziehungen auszugestalten und Fragen des Umweltschutzes im Ostseeraum auf gegenseitig vereinbarter Grundlage mit vereinten Kräften zu lösen. Schließlich wird sich auch der kulturelle Austausch zwischen unseren Staaten und Völkern – wie gerade die Erfahrungen der Ostseewoche immer wieder zeigen – im Sinne der Freundschaft der Völker noch erweitern lassen.

Zu Verhandlungen und Vereinbarungen über alle Problem der gegenseitigen Beziehungen ist die Deutsche Demokratische Republik im Interesse der Sicherheit und Zusammenarbeit im Ostseeraum und im gesamteuropäischen Bereich auch weiterhin bereit. Aber auch in den nordeuropäischen Ländern selbst wirken vitale Interessen und starke Strömungen des gesellschaftlichen Lebens in die gleiche Richtung. Die sichtbaren Erfolge der Politik der friedlichen Koexistenz, die positiven Veränderungen im politischen Leben unseres Kontinents stärken auch in den skandinavischen Ländern, in Finnland und in Island jene Kräfte, die dafür eintreten, daß die Lage in Europa zielstrebig weiter normalisiert wird. Der Verlauf der 16. Ostseewoche beweist abermals, daß diese Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit der nordeuropäischen Staaten in ihrem Streben nach weiterer Entspannung und Verständigung jederzeit auf uns rechnen können. daß sie in der Regierung und im Volk der Deutschen Demokratischen Republik zuverlässige Freunde und Verbündete besitzen.

Bei unserer Zusammenarbeit mit den progressiven und friedliebenden Kräften in den nordeuropäischen Staaten lassen wir uns von der Tatsache leiten, daß die öffentliche Meinung, wie bisher, so auch gegenwärtig und in Zukunft eine große Rolle im Kampf um die Sicherheit Europas spielt. Die Kraft der Völker war es, die auch die früher zögernden Regierungen einer Reihe kapitalistischer Staaten veranlaßt hat, auf die Vorschläge der sozialistischen Staatengemeinschaft zur europäischen Sicherheit einzugehen und im Konferenzsaal in Helsinki Platz zu nehmen. Die Stimme der Völker wird es auch künftig sein, die immer wieder und mit wachsendem Nachdruck die Verwirklichung der vereinbarten Maßnahmen für Frieden und Zusammenarbeit in Europa verlangen wird. Die ungeteilte Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit wird darüber wachen, daß die Sicherheitskonferenz positive Ergebnisse erbringt und daß ihre Resultate wirksam in die Tat umgesetzt werden.

Das Ringen um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat die Gemeinsamkeit der Friedenskräfte auf unserem Kontinent – von den kommunistischen und Arbeiterparteien bis hin zu kirchlichen Kreisen – gerade in letzter Zeit ständig enger werden

lassen. Diesen Zusammenschluß, diese Aktionseinheit im Eintreten für gemeinsame Lebensinteressen weiter zu festigen ist eine bedeutsame Aufgabe auch der Ostseewoche. Sie haben viel dazu beigetragen, den Gedanken der europäischen Sicherheit im wahrsten Sinne des Wortes populär zu machen, das heißt, ihn im Denken und Handeln der Völker zu verwurzeln. Die 16. Ostseewoche ist im besonderen Maße berufen, die öffentliche Meinung der Ostsee-Anliegerstaaten, Norwegens und Islands für die Durchsetzung der Ziele der europäischen Sicherheitskonferenz zu gewinnen und zu mobilisieren.

Die weitgesteckten Ziele der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit erfordern weitere beharrliche Anstrengungen der sozialistischen Staaten, aber auch der demokratischen Kreise in den kapitalistischen Ländern. Nach wie vor versuchen reaktionäre Kräfte in den nichtsozialistischen Staaten, die Ziele der Sicherheitskonferenz zu sabotieren und dem Erfolg der Beratungen entgegenzuwirken. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß der Imperialismus seine aggressiven Absichten im Grunde keineswegs aufgegeben hat. Die Realitäten zwingen ihn, sich dem neuen Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt anzupassen. Daraufhin ändert er seine Taktik und modifiziert die Formen seiner Politik. Er hat sich veranlaßt gesehen, eine Reihe von überholten und offensichtlich aussichtslosen Methoden gegen neue Varianten auszuwechseln. Dazu gehört zum Beispiel, daß bestimmte Kreise in imperialistischen Staaten nunmehr die gesamteuropäische Sicherheitskonferenz für Ziele ausnutzen wollen, die mit den eigentlichen Anliegen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit überhaupt nichts zu tun haben. Diese Bestrebungen werden scheitern, weil sie dem Geist der Zeit und weil sie dem Willen der Völker widersprechen. Die sozialistischen Staaten, eng um die Sowjetunion zusammengeschlossen, verfügen über ein klares Konzept zur Regelung der Probleme, die in Helsinki und dann in Genf zur Diskussion stehen. Wir haben allen Grund, dem Ergebnis dieser Beratungen mit Optimismus entgegenzusehen. Alles berechtigt uns zu der Gewißheit, daß es um die Sache der europäischen Sicherheit dank der Stärke des Sozialismus und dank der Aktivität der Friedenskräfte heute so gut bestellt ist wie nie zuvor.

Die Deutsche Demokratische Republik wird alles tun, was in ihrer Kraft steht, um den Erfolg der Sicherheitskonferenz zu gewährleisten. Bereits in der Vorbereitung hat sie tatkräftig und initiativreich das Ihre unternommen, damit die Konferenz mit allen Aussichten auf ein gutes Gelingen zusammentreten konnte. Als festes Glied in der Gemeinschaft der Mitgliedsländer des

Warschauer Vertrages war sie daran beteiligt, die vielfältigen Appelle und Vorschläge auszuarbeiten, die den Rahmen für die Konferenz abgesteckt und ihre Einberufung in die Wege geleitet haben. Ihre Initiative zum Abschluß der Verträge und Vereinbarungen mit der BRD und dem Senat von Westberlin, aber auch ihre Hilfe beim Zustandekommen des Vierseitigen Abkommens und anderer völkerrechtlicher Abmachungen haben bedeutsamen Anteil daran, daß der Weg nach Helsinki geebnet wurde. Konstruktiv und verantwortungsbewußt hat unsere Republik auch den Ablauf der multilateralen Konsultationen in Dipoli gefördert.

In jeder Phase der Vorbereitung auf Helsinki handelte unser Staat im Einklang mit dem Friedenskonzept des VIII. Parteitages der SED, das sich seinerseits völlig in die Grundlinie des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPdSU und in die vereinbarte Außenpolitik aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft einfügt. Eindrucksvoll ist die Bilanz, die zwei Jahre nach dem VIII. Parteitag der SED über die Erfüllung seiner Beschlüsse auch auf außenpolitischem Gebiet gezogen werden kann. Punkt für Punkt geht das Friedenskonzept dieses Parteitages in Erfüllung:

- Vor zwei Jahren versicherte er die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, für die baldmögliche Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz einzutreten und als gleichberechtigter Teilnehmer ohne jegliche Vorbedingungen auf ihren Erfolg hinzuwirken. Heute ist die gleichrangige Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik in Helsinki eine selbstverständliche Realität des politischen Lebens, die von niemandem mehr bestritten wird.

- Vor zwei Jahren erklärte der VIII. Parteitag der SED die Bereitschaft unserer Republik, Mitglied der Vereinten Nationen und ihrer Spezialorganisationen zu werden. Heute ist die DDR durch Ständige Beobachter bei den Vereinten Nationen in New York und in Genf akkreditiert, sie wirkt mit allen Rechten und Pflichten in einer Reihe ihrer Spezialorganisationen mit, und ihr Aufnahmegesuch in die UNO wurde vom Sicherheitsrat befürwortet. Die bevorstehende Aufnahme der DDR in die Weltorganisation wird das Prinzip der Universalität der Vereinten Nationen bekräftigen und unserem Staat Gelegenheit geben, seine vielfältig anerkannten Grundsätze und Erfahrungen im Kampf um Frieden und Sicherheit international noch wirksamer zur Geltung zu bringen.

- Vor zwei Jahren erklärte der VIII. Parteitag der SED die Bereitschaft der DDR, normale und gleichberechtigte diplomatische Beziehungen mit allen Staaten auf der Grundlage gegen-

seitiger Achtung der Souveränität aufzunehmen. Heute unterhält die DDR Beziehungen solcher Art zu 87 Staaten, und mit weiteren Ländern sind Verhandlungen über deren Herstellung im Gange.

- Des weiteren betonte der VIII. Parteitag der SED den Willen der DDR, normale Beziehungen entsprechend den Regeln des Völkerrechts auch zur BRD aufzunehmen. Das Transitabkommen, der Verkehrsvertrag und vor allem der Berliner Grundlagenvertrag haben auch diese Forderung erfüllt.

- Das gleiche gilt für den fünften und letzten Punkt des Friedenskonzepts, das der VIII. Parteitag der SED beschlossen und verkündet hatte: für ein normales Verhältnis gegenüber Westberlin. Auch hier sind inzwischen die bekannten vertraglichen Regelungen in Kraft getreten, die davon ausgehen, daß Westberlin nicht zur BRD gehört, und die dazu beitragen, die Lage im Zentrum Europas zu entspannen.

Bei den Verträgen der DDR mit der BRD handelt es sich um völkerrechtliche Verträge zwischen zwei souveränen und voneinander unabhängigen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Diese Verträge ändern nichts an den realen Gegensätzen zwischen Sozialismus und Imperialismus, an der Unvereinbarkeit der sozialökonomischen und politischen Systeme oder der gesellschaftlichen Ideologien, die in dem einen und in dem anderen deutschen Staat herrschen. Die Verträge bieten die völkerrechtswirksame Grundlage dafür, daß beide Staaten ihr Verhältnis zueinander auf der Basis der friedlichen Koexistenz entwickeln. Das entspricht dem Ziel des Sozialismus, der seine Überlegenheit nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Felde des friedlichen Wettbewerbs beweisen will. Das entspricht aber auch den Interessen der Bevölkerung in der BRD und liegt nicht zuletzt im Sinne des europäischen Friedens. Wenn die BRD ebenso wie die DDR den Grundlagenvertrag strikt einhält und voll durchführt, so wird das dazu angetan sein, die Entspannung in Europa zu unterstützen.

Die Ostseewochen tragen viel dazu bei, das neue Klima auf unserem Kontinent wirksam zu fördern. Die Veranstaltungen, die in diesen Tagen stattfinden, verbreiten den Geist der Freundschaft zwischen den Völkern der sozialistischen und der nicht-sozialistischen Ostseestaaten. Viele Besucher aus den nordeuropäischen Ländern haben während der Ostseewoche Gelegenheit, sich mit dem real existierenden Sozialismus vertraut zu machen, also die Wirklichkeit unseres Lebens kennenzulernen und unsere gesellschaftlichen Errungenschaften am konkreten Beispiel in Augenschein zu nehmen. Alle diese Begegnungen und Gespräche

werden helfen, die Verständigung zwischen unseren Völkern und Staaten weiter zu entwickeln und der Deutschen Demokratischen Republik neue Freunde zu erwerben. Auch an dieser Stelle sei all den Persönlichkeiten und Organisationen, die sich in den vergangenen Jahren in den Ländern Nordeuropas so nachdrücklich für die gleichberechtigte Teilnahme der DDR am internationalen Leben und für die Freundschaft zwischen unseren Völkern eingesetzt haben, aufrichtig und herzlich gedankt. Wir sind gewiß, daß unsere Freunde in diesen Staaten unter den neuen politischen Voraussetzungen des Verhältnisses zwischen unseren Ländern neue Möglichkeiten finden und nutzen werden, die Beziehungen zwischen ihren Staaten und der DDR mit Leben zu erfüllen.

Auf Schritt und Tritt werden unsere ausländischen Gäste sich von den Vorzügen des Sozialismus überzeugen können. In der Praxis werden sie bestätigt finden, was der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, unser Freund Erich Honecker, auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED erklärt hat: „Der Sozialismus hat nicht nur eindrucksvolle Daten großer ökonomischer und technischer Leistungen aufzuweisen, er zeichnet sich insbesondere durch die Sicherheit des Lebens des werktätigen Volkes aus. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Gewährleistung einer guten Bildung für alle, die Gleichberechtigung der Frau, eine umfassende Gesundheitsfürsorge, die Durchsetzung der Grundrechte der jungen Generation, menschenwürdige Beziehungen untereinander – all das sind Vorzüge, die nur der Sozialismus schaffen kann. Das ist eben keineswegs zufällig so, sondern Ausdruck einer Gesetzmäßigkeit, denn im Sozialismus steht der arbeitende Mensch im Mittelpunkt allen Denkens und Handelns.“ Den Beweis für diese Feststellungen Erich Honeckers finden unsere Freunde aus den nordeuropäischen Staaten bei der diesjährigen Ostseewoche, wenn sie in Betrieben und Genossenschaften, in den Städten und Dörfern des Ostseebezirks mit den Bürgern unseres Staates ins Gespräch kommen. Von sicherer Position aus können wir mit ihnen über die Grundfragen unserer Zeit, über die Perspektiven unserer gesellschaftlichen Entwicklung und über die Erfolgsaussichten des Kampfes um Frieden und Sicherheit diskutieren.

Der sozialistische Charakter unseres Staates – das ist die Grundlage für sein steigendes Ansehen in aller Welt und für die ständige Stärkung seiner internationalen Autorität. Das weltpolitische Ansehen unserer Republik beruht auf den Leistungen der Werktätigen für die allseitige Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Es beruht auf dem Kampfbündnis der

DDR mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Freundschaftsländern. Es gründet sich auf die geradlinige Friedenspolitik unserer Republik, die ihr das Vertrauen der friedliebenden Völker eingetragen hat. Aus diesen Feststellungen, die jeder von uns aus eigener Erfahrung bekräftigen kann, ergibt sich zugleich die Antwort auf die Frage, was zu tun ist, um das Gewicht unserer sozialistischen Friedensrepublik in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Klassenkräften noch stärker in der Waagschale des Friedens und des Fortschritts zur Geltung zu bringen.

Auch künftig werden wir in unserem Kurs auf Frieden und europäische Sicherheit unbeirrt und initiativreich fortfahren. Auch weiterhin werden wir unsere Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, deren Kernland die Sowjetunion ist, als das wichtigste Unterpfand für das weitere Vorschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens betrachten und uns noch enger in das sozialistische Brüderbündnis auf allen Gebieten integrieren.

Unser wichtigster Beitrag zur Stärkung der internationalen sozialistischen Gemeinschaft und der weltweiten Front des Kampfes gegen den Imperialismus ist und bleibt die Tat für das weitere Erstarken und Erblühen unseres sozialistischen Vaterlandes. In der 9. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der bewährten Führungskraft unseres Volkes, wurde Zwischenbilanz über die Verwirklichung der Hauptaufgabe gezogen, die der VIII. Parteitag der SED beschlossen hat. Von einem großen Aufschwung in der Arbeitsfreude und in den Leistungen der Werktätigen konnte Erich Honecker sprechen, von wichtigen Fortschritten bei der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bürger. Das entspricht dem Sinn des Sozialismus: alles zu unternehmen für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Unmittelbar vor der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED beriet Erich Honecker in einem herzlichen und offenen Gespräch mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien über die bisherige und die künftige Durchführung der Linie, die der VIII. Parteitag der SED für die Innen- und Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik vorgezeichnet hat. Das ist ein weiterer sichtbarer Beweis für das enge und unlösbare Vertrauensverhältnis zwischen allen gesellschaftlichen Kräften, die unter der Führung der SED im festen Bündnis der Nationalen Front der DDR kameradschaftlich und mit gemeinsamen Zielen für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zusammenwirken.

Notwendig ist es nun, die Planaufgaben dieses Jahres auf allen Gebieten zu erfüllen und zu übertreffen, weiterhin hohe Ergebnisse in Wissenschaft, Technik und Produktion zu erreichen, insbesondere eine wachsende Effektivität und Kontinuität der ökonomischen Entwicklung zu sichern, damit in unser aller Interesse weitere Erfolge bei der Lösung der Hauptaufgabe erzielt werden können. Dafür hat die 9. Tagung des Zentralkomitees der SED realistisch und zielbewußt den Weg gewiesen. Gleichzeitig hat sie unseren Blick auf die Aufgaben gelenkt, die auf lange Sicht in den nächsten eineinhalb bis zwei Jahrzehnten zu bewältigen sind, um die friedenserhaltende und zukunfts-gestaltende Kraft des Sozialismus in Europa und in der Welt unüberwindlich werden zu lassen. Solches Wissen um die großen Ziele der Entwicklung bis zum Jahre 1990 im nationalen und internationalen Bereich bestärkt unsere Entschlossenheit zu neuen Initiativen im sozialistischen Wettbewerb am Arbeitsplatz ebenso wie in der vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeit der Volksvertretungen und der Ausschüsse der Nationalen Front, im Wirken unserer Parteien und Organisationen und nicht zuletzt in der Gewinnung der Bürger für den Wettbewerb um schönere Städte und Gemeinden, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für uns alle und für jeden einzelnen.

In dieser Aktivität für die weitere Verwirklichung der innen- und außenpolitischen Linie der Partei der Arbeiterklasse und der gesamten Nationalen Front wird uns die 16. Ostseewoche weiter voranführen. Ihre Veranstaltungen fügen sich ein in die Vorbereitung auf zwei weitere große gesellschaftliche Ereignisse, die dem zweiten Halbjahr dieses bedeutsamen Jahres 1973 politisch weithin das Gepräge geben werden: auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die in zweieinhalb Wochen in unserer Hauptstadt beginnen werden, und auf den Weltkongreß der Friedenskräfte, der zwei Monate später in Moskau zusammen-treten wird. Diese beiden großen Manifestationen der fortschrittlichen und friedliebenden Weltöffentlichkeit werden Zeugnis ablegen von der unaufhaltsam wachsenden Macht und Geschlossenheit all der Kräfte, die zum Kampf für eine friedliche und lebenswerte Zukunft der Völker angetreten sind. Wir Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind stolz und glücklich, zu dieser weltumspannenden Gemeinschaft derer zu gehören, die das Gesicht der Welt unserer Tage neu prägen. Zielsicher und erfolgsgewiß schreiten wir auf dem guten Wege des Sozialismus und des Friedens weiter voran. Damit leisten wir unseren Teil zum Gelingen der Sache, der auch die 16. Ost-seewoche zu dienen hat: zum Frieden und zur Sicherheit für die Völker Europas.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 52 Vom Glauben zum Bekenntnis – Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 127 Rudolf Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 145 Edmund Meclowski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherer: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Weisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche in Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt

- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedenskräfte
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945–1952
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben
- 177 Wolfgang Heyl: Was unsere Parteigeschichte lehrt
- 178 Wladimir Petrowitsch Grenkow: In Freundschaft verbunden
- 179 Carl Ordnung: Christen im Ringen um eine bessere Welt – Zum Selbstverständnis der Christlichen Friedenskonferenz
- 180 Günter Wirth: Karl Liebknecht über Christentum und Kirche
- 182 Werner Wünschmann: Kulturvoll leben – staatsbewußt handeln
- 183 Werner Wünschmann: Für die sozialistische Bildung und Erziehung der jungen Generation
- 184 Der Auftrag der Tschechoslowakischen Volkspartei
- 185 Wladimir Petrowitsch Grenkow: Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte – Zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR
- 186 Gerald Götting: Politisch-ideologische Arbeit – Hauptfeld unseres Wirkens
- 187 Hans-Joachim Beeskow: An der Seite der jungen Arbeiterklasse – stud. theol. et phil. Edmund Monecke – Ein Beitrag zum 125. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49
- 188 Gerhard Fischer: Wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse – höhere Mitverantwortung im Bündnis
- 189 Ulrich Fahl: Der gesellschaftliche Auftrag der CDU und seine Verwirklichung durch die Ortsgruppen und Kreisverbände der Partei
- 190 Prof. Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Gemeinsamkeit in Weg und Ziel
- 191 Wolfgang Heyl: Orientierungspunkte unseres 13. Parteitag
- 192 Dr. Siegfried Krügel: Gesandt in die Welt – Aspekte der ökumenischen Profilierung des Luthertums während der letzten 50 Jahre

Verkaufspreis 0,50 M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin

